

Bulgarien

Johanna Deimel

Seit dem 1. Januar 2007 ist Bulgarien Mitglied der Europäischen Union. Allerdings steht Bulgarien weiterhin unter starker Beobachtung, drohen Schutzklauseln. Die für Bulgarien geltenden Klauseln können bis zu drei Jahren nach dem Beitritt Anwendung finden in folgenden drei Bereichen: 1) wirtschaftlich; 2) im Binnenmarkt und 3) bei Justiz und Inneres.¹ Besonderen Handlungsbedarf sieht die Kommission im Bereich Justiz und Inneres. Bulgarien wurde aufgefordert, ab 31. März 2007 seine konkreten Maßnahmen im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption offen zu legen. Es geht um strafrechtliche Verfolgung krimineller Netzwerke, Bekämpfung der Geldwäsche und die Annahme von Verfassungsänderungen, durch die die Unabhängigkeit der Judikative garantiert wird. Als Schutzklausel gilt, dass Bulgarien bei unzureichenden Reformen im Justizbereich aus der EU-Justizkooperation ausgeschlossen werden kann und einzelne Mitgliedstaaten bulgarische Gerichtsurteile nicht anerkennen. Nur auf Druck der Kommission führte die Bulgarische Nationalversammlung am 2. Februar 2007 eine Verfassungsänderung durch, wonach innerhalb des Obersten Justizrats eine eigene Einrichtung zur Überwachung der Justizbehörden geschaffen und endlich die Immunität von Richtern und Staatsanwälten in eine funktionale (im Gegensatz zu der vorherigen völligen) Immunität abgeändert wurde. Das Justizministerium legte der EU-Kommission pflichtgemäß 107 Fälle vor, bei denen Anklage wegen Korruption erhoben wurde. Davon wurden 88 Personen zu Haftstrafen verurteilt. Und doch gehen die Warnungen an die bulgarische Seite weiter, wird das Monitoring seitens der EU aufrechterhalten werden. Denn die Kritik seitens der EU-Kommission über mangelnde Reformen im Justizwesen wurde auch in dem EU-Fortschrittsbericht, der am 27. Juni 2007 veröffentlicht wurde, unüberhörbar deutlich.² In zwei der sechs Monitoring-Bereiche (Korruptionsbekämpfung und Kampf gegen das organisierte Verbrechen) wird seitens der Kommission nach wie vor gravierender Handlungsbedarf angemahnt. Bis Oktober 2007 soll nun die bulgarische Regierung einen klaren Aktionsplan für diese Bereiche vorlegen. Der bulgarische Premier Sergej Stanishev kündigte an, eine Agentur für Nationale Sicherheit zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu gründen. All die Jahre war der Bereich der Sicherheit der am wenigsten reformierte. In den Medien wird Stanishev kritisiert, dass er seit seinem Amtsantritt aus parteipolitischen Gründen viel zu wenig energisch für eine Koordinierung der Sicherheitsdienste zwischen dem Sicherheitsrat und dem Ministerrat in Bulgarien eingetreten sei.³ Ob mit der Agentur wirklich eine effektive Verbrechensbekämpfung vonstatten gehen wird, oder, ob es sich wiederum nur um proklamatorische Aktion statt konkreter Taten handelt, bleibt abzuwarten. Denn, der Kampf gegen die organisierte Kriminalität bedarf auch der Auseinandersetzung mit der

1 Mitteilung der Kommission. Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens. KOM(2006), 26.09.2006.

2 Report of the European Commission to the European Parliament and the Council on Bulgaria's progress accompanying measures following Accession. COM(2007) 377 final.

3 Ruseva, Ljuboslava: Sigurnostta, za kojato vsicki se gri.at, in: Tema, 7, Jhg., Nr. 30, 30.07.-05.08.2007.

kommunistischen Vergangenheit. Bulgarien ist das einzige post-kommunistische Land, das erst jetzt den öffentlichen Zugang zu den Geheimdienstakten der Staatssicherheit gewährt. Seit dem 19. Juli 2007 ist öffentlich, dass Bulgariens Präsident Georgi Parvanov von 1989 bis 1993 mit dem ehemaligen kommunistischen Geheimdienst Bulgariens zusammengearbeitet hat. Die unabhängige Kommission lüftete das Geheimnis um das Dossier des Mitarbeiters mit dem Decknamen „Goce“, in dem allerdings offensichtlich 36 Seiten fehlen.⁴

Auch der sorgsame Umgang mit den EU-Finanzmitteln muss gewährleistet, die Absorptionsfähigkeit gestärkt werden. Viele Projekte des Strukturfonds werden von den Kommunen eingereicht werden, die mit Projektfinanzierungen sowohl bei der Antragstellung wie bei der administrativen Umsetzung Neuland betreten. Weitere Sanktionsmaßnahmen droht die Kommission mit der Kürzung der Agrarsubventionen um 25 Prozent an, sollte ein sorgsamer Umgang mit den Mitteln aus den Struktur- und Agrarfonds nicht gewährleistet sein. Im Juli 2007 betonte der Vorsitzende des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), Franz-Hermann Bruner, dass die EU Mittel korrekt verwendet werden müssen. Allein im Jahr 2006 habe es in 12.000 Fällen Unregelmäßigkeiten gegeben, seien etwa 1,16 Mrd Euro unsachgemäß verwendet worden.⁵ Die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner, gab in einem Interview in der Wochenzeitschrift Kapital klar zu verstehen, dass die für Bulgarien bis 2013 in Aussicht gestellten 6,8 Mrd Euro aus den Strukturfonds erst dann zugewiesen werden, wenn hierfür die notwendigen Verwaltungsreformen finalisiert und implementiert sind. „Für eine erfolgreiche Regionalpolitik ist eine gut funktionierende Administration sehr wichtig, vor allem da die Projekte von den lokalen Verwaltungen vorbereitet werden. (...) Bulgarien muss daher mehr in die Kapazität der lokalen Verwaltung investierten (...) Der Respekt gegenüber den Rechtsrahmen ist dabei ausnehmend wichtig.“⁶ Im Globalen Wettbewerbsindex 2006 rangiert Bulgarien unter 125 Ländern auf Platz 72 (zum Vergleich: Tschechische Republik Platz 29; Rumänien 66; Albanien 98). Als Hinderungsfaktoren für den Wettbewerb gelten die mangelnde Rechtssicherheit, Korruption, intransparente Auftragsvergaben, mangelnder Schutz des geistigen Eigentums – alles Kritikpunkte, die sich ebenfalls im Bericht der EU-Kommission wieder finden.

Bulgarien rückt weiter nach Rechts: Wahlen zum Europäischen Parlament

Die ersten Europa-Wahlen in Bulgarien am 20. Mai 2007 waren ein Desaster. Nur 28,6 Prozent aller Wahlberechtigten gingen überhaupt zur Urne. Shooting-Star und Gewinner der Wahlen war der amtierende Bürgermeister von Sofia und quasi-Vorsitzende der von ihm gegründeten Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB), Boiko Borissov. GERB erzielte 21,69 Prozent (fünf Sitze), gefolgt von der Plattform der Europäischen Sozialisten mit 21,41 Prozent (fünf Sitze), der Bewegung für Rechte und Freiheit (BRF) mit 20,26 Prozent (vier Sitze), der nationalistischen Partei Ataka mit 14,22 Prozent (drei Sitze) und der Nationalen Bewegung Simeon II (NBSII) mit 6,26 Prozent (ein Sitz). Das seit Jahren in persönlichen Animositäten verstrickte konservative Lager um den ehemaligen Premier Ivan Kostov und seiner Partei „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ (DSB), sowie um die Bulgarische Volksunion (BNS) und die Vereinigung der

4 Nito red, nito znak ot men, in: Kapital, Nr. 21, 27.06.2007, S. 14.

5 Bulgaria should step up reforms against EU fund frauds. www.sofiaecho.com, 11.07.2007.

6 Chiubner, Danuta: Gubite pari, ako ne spazvate pravila, in: Kapital, Nr. 27, 06.07.07.

demokratischen Kräfte (ODS) kam jeweils nicht über die Vier-Prozenthürde und steht wohl endgültig vor dem politischen Aus. Die neofaschistische Ataka, deren Vorsitzender Volen Siderov bei den Präsidentschaftswahlen am 29. Oktober 2006 in einer Stichwahl klar gegen den seit Januar 2002 amtierenden Georgi Parvanov von der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) gescheitert ist, gewinnt in Bulgarien zunehmend an Boden. Insgesamt spiegelt das Wahlergebnis den enormen Frustrationsgrad der Bevölkerung gegenüber den politischen Parteien und ihre Hinwendung zu populistischen Agitatoren. Umfragen zeigen, dass im Mai 2007 bereits 16 Prozent der Befragten Ataka und 48 Prozent GERB positiv bewerteten.⁷ Wären heute Parlamentswahlen, würde der hemdsärmelige Borissov mit 21 Prozent die stärkste Fraktion anführen und die BSP mit nur 17,5 Prozent weit hinter sich lassen.

Bulgarien entsendet 18 Abgeordnete in das Europäische Parlament. Wie auch in anderen EU-Staaten zu beobachten, war der Wahlkampf zum Europäischen Parlament von innenpolitischen Themen dominiert und hatte kaum europäische Inhalte. Korruptionsskandale erschütterten das Balkanland und drohten Bulgarien in eine tiefe politische Krise zu stürzen.⁸ Kurz vor den Europawahlen wurden kriminell-politische Seilschaften offenkundig und das politische System als Ganzes diskreditiert. Der sozialistische Wirtschafts- und Energieminister Rumen Ovcharov und der Direktor der Nationalen Ermittlungsbehörde, Angel Alexandrov, mussten wegen massiver Korruptionsvorwürfe ihren Hut nehmen. Auch der Justizminister, Georgi Petkanov, von der NBSII erklärte seinen Rücktritt aus gesundheitlichen und persönlichen Gründen, wie es offiziell hieß.⁹ Die Skandale rückten Europa in den Hintergrund. Allein die neo-faschistische Partei Ataka, sprach sich klar gegen die EU aus und versuchte weiterhin, die anti-europäischen Stimmungen zu schüren und in extrem nationalistische Bahnen zu lenken. Sein Stiefsohn und einer der Ataka-Vertreter im Europaparlament, Dimitar Stojanov, hat sich nicht nur der nationalistischen Fraktion im Europaparlament „Identität, Tradition und Souveränität“ angeschlossen. Mit dem 23jährigen Stojanov stellen die Rechtsextremen jetzt auch den jüngsten Abgeordneten unter den 785 Europa-Parlamentariern.

Umfragen von Eurobarometer 2007 zeigen, dass die Bulgaren die EU zu 78 Prozent als demokratisch, zu 76 Prozent als modern und zu 62 Prozent als beschützend erachten. Dabei ist es die Altersgruppe zwischen 25 und 39 Jahren mit höherer Bildung, die zu 67 Prozent die Mitgliedschaft in der EU begrüßen.¹⁰ In den Umfrageergebnissen spiegeln sich die innenpolitischen Notwendigkeiten, die auf die EU übertragen werden. Am wichtigsten nämlich ist den Bulgaren, dass sich die europäischen Institutionen den sozialen Problemen (34 Prozent), dem Kampf gegen das Verbrechen (31 Prozent) und – als Ergebnis des jahrelangen nationalen Widerstands gegen die Schließung der Reaktorblöcke von Kozloduj – den Energieproblemen (30 Prozent) widmen. Die geringe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen ist ein Alarmsignal. Sie zeigte auch dringenden Handlungsbedarf bei der Informationspolitik über die Funktionsweise über die europäischen Institutionen. Laut Eurobarometer bildet hier das Balkanland das Schlusslicht, als nur 28 Prozent der Bulgaren angaben, dass sie verstünden, wie die EU funktioniere (zum Vergleich EU-27: 43 Prozent).

7 <http://www.aresearch.org/parties.html>.

8 Siehe: Andreev, Alexander: Bulgarien. Ernüchterung 100 Tage nach dem EU-Beitritt. DW-RADIO/Bulgarisch, Fokus Ost-Südost, 16.04.2007.

9 Bulgaria PM suspends minister, in: Financial Times, 07.05.07.

10 Evrobarometer 67. Prolet 2007. Nacionalen Doklad Bgaria.

Außenpolitik

Regionale Kooperation ist für die Zukunft Südosteuropas von fundamentaler Bedeutung. Bulgarien ist Mitglied regionaler Initiativen, wie der Schwarzmeerkoooperation (BSEC), der Freihandelszone CEFTA und des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses (SEECP), bei dem Bulgarien bereits 1996 den Grundstein für eine institutionalisierte Zusammenarbeit gelegt hatte. War die aktive Beteiligung Bulgariens im 1999 gegründeten Stabilitätspakt für Südosteuropa eher problematisch, kann das Land in der seit Mai 2006 begonnenen Phase der Überleitung einzelner Aufgabenbereiche des Pakts in regionale Verantwortung eine zentrale Rolle spielen. Bulgarien wird zukünftig im Rahmen des Regionalen Kooperationsrats den Bereich der parlamentarischen Zusammenarbeit in Südosteuropa übernehmen. Seit Juni 2007 hat Bulgarien den jährlich rotierenden SEECP-Vorsitz inne. Dem Balkanstaat fällt somit eine zentrale Funktion bei der weiteren Ausgestaltung der Übernahme von Eigenverantwortlichkeit (regional ownership) der Region Südosteuropa zu. Seit der Vollmitgliedschaft Bulgariens und Rumäniens in der EU sind die EU-Außengrenzen an das Schwarze Meer gerückt. Für die konzeptionelle Ausgestaltung und politische Implementierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) in den Sektoren Energie, Umwelt, Justiz und Inneres und der damit intendierten weiteren Ausformung und Übertragung des europäischen Acquis in den Schwarzmeerraum könnte Bulgarien eine Schlüsselrolle übernehmen.¹¹

Am 24. Juli 2007 nahm die Affäre um die fünf in Libyen zum Tode verurteilten bulgarischen Krankenschwestern und den palästinensischen Arzt ein glückliches Ende. Nach intensivem Einsatz des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier und zuletzt der EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner sowie der Ehefrau des französischen Präsidenten Sarkozy konnten die Inhaftierten in Sofia empfangen und umgehend vom bulgarischen Staatspräsidenten Parvanov begnadigt werden. Die Mitgliedschaft Bulgariens in der EU und die massive Unterstützung seitens der EU machten die Heimkehr möglich und markieren vielleicht die erste positive Erfahrung für viele Bulgaren, der europäischen Gemeinschaft anzugehören.

Weiterführende Literatur

European Commission: Report on Bulgaria's progress accompanying measures following Accession; COM (2007) 377 final.

Europäische Kommission: Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens, KOM (2006), 26.09.2006.

Leiß, Olaf: Rumänien und Bulgarien vor dem EU-Beitritt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 27, 03.07.2007.

11 Siehe: Regionale Kooperation und Energiesicherheit. Rede von Staatsminister Gernot Erler auf der Konferenz Schwarzmeerkoooperation – Energieversorgung und Energiesicherheit, Sofia 13.10.2006.